

# „In Untergrombach schläft kein Mensch mehr“

## Stadt Bruchsal erntet Gegenwind bei Bürgerinformationsveranstaltung zur geplanten Bahntrasse

BNN 27.07.2016

Von unserer Redaktionsmitglied Karin Stenftenagel

**Bruchsal-Untergrombach.** Die Sitzplätze waren schnell belegt in der Aula der Joß-Fritz-Schule in Untergrombach am Montagabend – dorthin hatte die Stadt Bruchsal zu einer Bürgerinformationsveranstaltung geladen. Es ging um eine neue Bahntrasse für den europäischen Ausbau des Schienengüterverkehrs zwischen Rotterdam und Genua, die nach ersten Überlegungen auch durch Karlsdorf-Neuthard (die Rundschau berichtete) und auf Bruchsaler Gemarkung entlang der A 5 zwischen Büchenau und Untergrombach verlaufen könnte.

Man wolle sich frühzeitig und gemeinsam gegenüber dem Bundesverkehrsministerium (BMVI) positionieren, erklärte Sebastian Wilske vom Regionalverband Mittlerer Oberrhein. Zu diesem Zweck habe sich bereits im März 2015 die regionübergreifende „Arbeitsgruppe Schienengüterverkehr im Raum Karlsruhe/Germersheim“ zusammengefun-den. Die AG befürworte die Aufnahme der Maßnahme „Ausbau-/Neubaustrecke Molzau – Karlsruhe“ in den vor-

dringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans. Dennoch fordere man offene Diskussionen sämtlicher Streckenvarianten in der Region und die Beachtung der Belange der Betroffenen an den Bestandsstrecken.

Bruchsal-Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick stellte indes klar, dass die Stadt die „politische Großwetterlage akzeptiert“ habe – man müsse an einer realistischen Lösung für das Überlastungsproblem auf der Schiene arbeiten. „Inwiefern ein Beteiligungsverfahren jetzt schon sinnvoll ist, mag dahingestellt sein“, so die OB. Trotzdem müsse man wachsam sein. „Das Ziel der Stadt ist es, möglichst viele Trassenvarianten in die Diskussion zu bringen.“

### Stichwort

#### Bürgerbeteiligung

Bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans 2030 haben erstmals Bürger die Möglichkeit, sich im Rah-

Die in den bisherigen Planungen eingezeichnete Trasse stehe keineswegs fest, so Wilske. Sie diene lediglich dazu, im Korridor zwischen Molzau (bei Philippsburg) und Karlsruhe eine exemplarische Kosten-Nutzen-Rechnung aufzustellen. Erst im Raumordnungsverfahren, das wohl in drei bis vier Jahren beginnen werde, würden konkrete mögliche Strecken geprüft. „So weit sind wir aber noch nicht“, sagte Wilske.

Ungeachtet dieser Erläuterungen stellte Untergrombachs Ortsvorsteher Karl Mängei die Bedenken in den Stadtteile Untergrombach und Büchenau dar. Dem dichtbesiedelten Gebiet mit der bereits bestehenden großen Verkehrsstrasse eine weitere hinzuzufügen, sei nicht zumut-

men eines sechswöchigen Konsultationsverfahrens zu äußern. Seit dem 21. März und noch bis zum 2. Mai können Bürger direkt beim BMVI – online oder per Post – ihre Stellungnahme abgeben.

Ausführliche Informationen sowie das Online-Formular gibt es unter [www.bmvi.de/bvwp2030](http://www.bmvi.de/bvwp2030). kas

bar. „Ganz klar: Wir Untergrombacher und Büchenauer sind von Anfang an dagegen.“ Mängeis Ausführungen schlossen sich mehrere Bürger an, die vor allem die bereits bestehende Lärmbelastung beklagten. „Wir können schon jetzt die Fenster nicht öffnen. Wenn jetzt noch eine Strecke in diesen Raum gequetscht wird, schläft kein Mensch mehr in Untergrombach“, so eine Wortmeldung aus dem Publikum. Mängei rief die Anwesenden dazu auf, sich rege an dem Konsultationsverfahren zu beteiligen (siehe Stichwort). Petzold-Schick versprach, dass auch die Stadt Bruchsal fristgerecht eine Stellungnahme abgeben werde – allerdings erntete sie Kritik dafür, dass der Gemeinderat diese erst im Nachhinein, nämlich in der Sitzung am 3. Mai, offiziell absegnen soll.

Auf die Frage, ob man denn nicht einen Korridor an anderer Stelle, etwa westlich des Rheins, ins Gespräch bringen könne, antwortete Wilske mit einem klaren Jein: „Diese Diskussion werden wir sicher noch einmal führen“, meinte er. Jedoch seien solche Varianten in bisherigen Diskussionen aufgrund der Kosten-Nutzen-Rechnung „schon relativ krachend gescheitert“.